

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und
Gesundheit
am Donnerstag, dem 15.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:55 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger 273/2025	5
2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung 272/2025	6
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	7
4.	Bericht der Verwaltung	8
5.	Einblicke in die Struktur und Aufgaben des Sozialamtes 274/2025	11
6.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung im sektoralen Heilpraktikerbereich der Logopädie auf die Stadt Bochum 247/2025	12
7.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen - Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2026 275/2025	13

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

- | | | | |
|-----------|--|-----------------|-----------|
| 1. | Förderung des Psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge der Innosozial gGmbH im Jahr 2025 - Aufhebung des Sperrvermerkes | 264/2025 | 17 |
|-----------|--|-----------------|-----------|

Anlagen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Das Sozialamt des Kreises Warendorf - Strukturen und Aufgaben |
| Anlage 2 | Beratung über den Entwurf des Haushaltes 2026 - Sozialamt und Gesundheitsamt |

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Arens, Michael
Averdung, Kathrin
Beiers, Anja
Blömker, Franz-Ludwig
Duhme, Elke
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Grap, Valeska
Heringloh-Poll, Norbert
Koca, Ertugrul
Krabbe, Silke
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Schubert, David
Schulte, Sibylle
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
von Ketteler, Friedrich-Carl
Wamba, Gilbert
stellv. Ausschussmitglieder
Tentrup-Beckstedde, Christoph
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Gausebeck, Marius
Glinka, Nicole
Hofmeister, Lisa
Oberliesen, Fabian
Röttger, Kirsten
Schabhüser, Helmut
Tenbrock, Petra

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Zimmermeyer-Schürmann, Heike

Herr Strübbe eröffnet die Sitzung um 09.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 23.12.2025 form- und fristgerecht versandt wurde.

I. Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger
--

273/2025

Herr Strübbe führt die sachkundigen Bürger ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Der Text der Verpflichtung wird von Herrn Arens und Herrn Strohbücker gesprochen:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe."

2. Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung**272/2025**

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Frau Dr. Anna Arizzi Rusche wird als Schriftführerin für den Ausschuss für Soziales und Gesundheit für die laufende Wahlperiode bestellt.

Sie wird vertreten durch die übrigen Dezernatsleitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Bericht der Verwaltung**Antrag der CDU zur Stärkung der KI-Kompetenz**

Frau Röttger teilt mit, dass die Verwaltung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 25.09.2025 beauftragt wurde, sich mit der Stärkung der KI-Kompetenz im Alter zu beschäftigen.

Es seien verschiedene Aufträge erteilt worden:

1. Das Handlungsfeld 8 „Digitalisierung und Technik“ im Gesamtkonzept „Älterwerden im Kreis Warendorf“ soll um Künstliche Intelligenz aktualisiert werden.
2. Die Relevanz des Themas solle mit Akteuren der Seniorenarbeit diskutiert werden.
3. Fördermöglichkeiten sollen geprüft und genutzt werden.
4. Bericht im Ausschuss.

Zum Sachstand berichtet Frau Röttger, dass die Vorstellung des Antrages in der Sitzung der Kreisarbeitsgemeinschaft Seniorenarbeit am 08.10.2025 erfolgte, in der alle Städte und Gemeinden sowie das Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz vertreten sind.

Eine Begleitung durch Frau Dr. Olbermann vom Institut für Gerontologie Dortmund sei nicht mehr möglich, da das Institut Ende 2023 die operative Arbeit eingestellt habe.

Frau Röttger führt aus, dass

- das Handlungsfeld 8 des Gesamtkonzeptes in 2026 um KI erweitert werden solle
- Kontakt zum Medienzentrum beim Kreis Warendorf aufgenommen wurde. Dieses führe zum Beispiel Elternabende für Eltern von Schülerinnen und Schülern durch. Eine Veranstaltung mit dem Schwerpunkt KI sei denkbar.
- die Kreisarbeitsgemeinschaft Seniorenarbeit in 2026 einen Fachtag plane, das Thema KI solle mitgedacht werden
- eine Vernetzung mit dem Regionalem Bildungsbüro erfolgen solle zur Platzierung von Angeboten über das neugeschaffene Bildungsportal.

Mit der Suche nach Fördermitteln sei auch begonnen worden, führt Frau Röttger aus.

Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege - Care4future – Aufbau Netzwerk Beckum

Frau Röttger erläutert, dass aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion im Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 05.06.2025 ein weiteres Netzwerk in Beckum gegründet werden solle. Unterstützung erfolge von der contec GmbH, die auch beim Aufbau der Netzwerke in Warendorf und Ahlen beteiligt war.

Eine Informationsveranstaltung fand am 13.01.2026 im Berufskolleg Beckum statt. Eingeladen waren:

- die Schulen (Sekundarschule Beckum, Astrid-Lindgren-Schule, Rosa-Parks-Gesamtschule),

- die ambulanten und stationären Anbieter von Pflege
- das Krankenhaus
- die Pflegeschulen (Franziskus-Campus für Gesundheitsberufe, St. Vincenz Berufskolleg, Johanniter-Akademie NRW)

Die Veranstaltung war sehr gelungen. Das Projekt habe großen Anklang gefunden, um Rückmeldung zur Teilnahme wurde bis Ende Januar 2026 gebeten. Der Start des Kurses sei für das Schuljahr 2026/2027 geplant.

Herr Blömker bittet darum, auch in diesem Jahr im Ausschuss über den Verlauf von Care4future zu berichten.

Herr Strübbe teilt mit, dass der Bericht in der Sitzung Herbst 2026 erfolgen solle.

Herr Oberliesen stellt Frau Petra Tenbrock vor. Sie ist seit dem 01.11.2025 als Sachgebietsleiterin für den Bereich Verwaltung des Gesundheitsamtes und als stellvertretende Amtsleitung tätig.

Zuvor war Frau Tenbrock langjährig Sachgebietsleiterin im Bereich Schulverwaltung, Kultur und Sport und stellvertretende Amtsleitung des Amtes für Jugend und Bildung.

Information über die Erteilung der Weiterbildungsbefugnis für die Facharztbezeichnung „Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen“ über den vollen Zeitraum von 24 Monaten durch die Landesärztekammer Westfalen-Lippe mit Sitz in Münster

Herr Oberliesen berichtet, dass die Weiterbildungsermächtigung durch Landesärztekammern in Institutionen wie Krankenhäusern oder Gesundheitsämtern personell an weiterbildungsbefugte Fachärzte im jeweiligen Fach gebunden sei und ein wichtiges Kriterium für ein Beschäftigungsverhältnis von weiterbildungsinteressierten Ärzten darstelle. Mit dem altersbedingten Ausscheiden von Herrn Dr. Manjo Lindner als Sachgebietsleiter des Medizinischen Dienstes im Jahr 2022 sei die Weiterbildungsbefugnis für das Gesundheitsamt im Kreis Warendorf erloschen.

Die Erlangung der Weiterbildungsbefugnis habe u.a. ein mindestens zweijähriges Bestehen der Facharztanerkennung des Beantragenden zur Voraussetzung, führt Herr Oberliesen aus.

Die Facharztprüfung zur Fachärztin für Öffentliches Gesundheitswesen legten Frau Dr. Anja Röhnelt (Sachgebietsleiterin im Sachgebiet Medizinischer Dienst) im Oktober 2023 und Frau Christiane Malcher (Sachgebietsleiterin im Sachgebiet Infektions- und Gesundheitlicher Umweltschutz) im Januar 2024 ab.

Im Juni 2025 sei die Weiterbildungsermächtigung für den Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen bei der Landesärztekammer Westfalen-Lippe erneut beantragt worden, nachdem der im Gesundheitsamt vorgehaltene Weiterbildungskatalog vorgelegt worden war. Der Antrag beziehe sich auf die beiden weiterbildungsbefugten Ärztinnen.

Am 12.11.2025 bestätigte die Landesärztekammer Westfalen-Lippe die Weiterbildungsermächtigung rückwirkend zum 11.06.2025. In der schriftlichen Nachricht wurde zudem eine 3-monatige Weiterbildungsbefugnis im Fach Psychiatrie und Psychotherapie in Aussicht gestellt, basierend auf der vorliegenden psychiatrischen Expertise des Leiters des Sozialpsychiatrischen Dienstes.

Eine Weiterbildungsurkunde wurde bisher noch nicht zugestellt.

5. Einblicke in die Struktur und Aufgaben des Sozialamtes**274/2025**

Frau Röttger informiert anhand einer Präsentation über die organisatorische Struktur sowie die zentralen Aufgaben des Planungsstabes, des Projektes zur Prävention von Wohnungsnotfällen und der einzelnen Sachgebiete des Sozialamtes (sh. Anlage 1). Des Weiteren erläutert sie die Abgrenzung zu den Zuständigkeiten der Sozialämter in den kreisangehörigen Kommunen.

Frau Dr. Arizzi Rusche teilt abschließend mit, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses die Strukturen und Aufgaben des Gesundheitsamtes vorgestellt werden.

Frau Krabbe erkundigt sich nach möglichen Doppelzuständigkeiten zwischen den Kommunen und dem Kreis Warendorf.

Frau Röttger teilt mit, dass es diese nicht gebe.

6.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung im sektoralen Heilpraktikerbereich der Logopädie auf die Stadt Bochum	247/2025
-----------	--	-----------------

Herr Oberliesen erläutert den beabsichtigten Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Bochum (sh. Vorlage).

Auf Nachfrage von Herrn Strohbücker teilt er mit, dass dem Kreis Warendorf keine Kosten entstehen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs mit der Stadt Bochum eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Aufgabenübertragung im sektoralen Heilpraktikerbereich der Logopädie abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen - Beratung des Budgets des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2026	275/2025
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 05.12.2025 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für 2026 vor.

Darüber hinaus werden nachstehende Anträge zum Haushaltplanentwurfes 2026 beraten:

1. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.01.2026 zur Kürzung von Ausgabepositionen
2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 09.01.2026 zur Unterstützung des Antrages der quadro Sucht- und Drogenberatung
3. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.01.2026 zur Unterstützung des Antrages des Arbeiter-Samariter-Bundes RV Münsterland e.V.
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 12.01.2026 zu Anträgen von Dritten
5. Antrag der quadro Sucht- und Drogenberatung vom 20.08.2025
6. Antrag des Arbeiter-Samariter-Bundes RV Münsterland e.V. vom 17.11.2025

Daneben liegt eine Änderung der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2026 zum Ergebnisplan vor.

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2026 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt und
- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung.

Einige der von der SPD-Fraktion unterstützen Anträge beziehen sich auf Positionen, für die bereits Mittel im Haushalt veranschlagt sind (sh. Anlage 2).

Zum Ergebnisplan liegt für Seite 275 eine Änderung hinsichtlich der Erträge der Inklusionspauschale des Landes vor, die für die Jahre 2027 bis 2029 auf 0 € gesetzt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker teilt Frau Dr. Arizzi Rusche mit, dass die Pauschalen zukünftig an die Schulträger ausgezahlt werden. Sobald genauere Zahlen vorliegen, werde im Ausschuss eine weitere Erläuterung erfolgen.

Zur Seite 352, Produkt 0701, Gesundheitsdienste, liegt ein Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 07.01.2026 vor. Die Fraktion beantragt die Kürzung der Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen für das Haushaltsjahr 2026 um mindestens 10 %. Für das Produkt des Gesundheitsamtes betrifft dieser Antrag die Beschaffung eines digitalen Seh- und Hörtestgerätes für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst mit einem Ansatz von 9.500 €.

Frau Eickmeier begründet den Antrag.

Frau Tenbrock erläutert, dass im Rahmen der Digitalisierung des Gesundheitsamtes alte Geräte durch neue, digitale Geräte ersetzt werden sollen. Das Seh- und Hörtestgerät biete eine deutliche Arbeitsvereinfachung gegenüber der bisherigen Praxis mit Doppeleintragungen manuell und am PC, die auf Dauer Kosten sparen werde.

Frau Dr. Arizzi Rusche ergänzt, dass das Gerät für Einschulungsuntersuchungen genutzt werden solle, hier seien diese Tests verpflichtend vorgeschrieben.

Frau Eickmeier erklärt, dass der Antrag der FWG-Fraktion hinsichtlich der Anschaffung des Seh- und Hörtestgerätes zurückgezogen wird.

Zur Seite 362, Produkt 050140 Zuweis. Gesundheitseinricht., liegen verschiedene Anträge vor.

Die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beantragen, den Zuschuss für die quadro Sucht- und Drogenberatung Warendorf von 353.749 € auf 399.029 € zu erhöhen.

Den Anträgen der Fraktionen liegt ein entsprechender Antrag auf Erhöhung der Zuwendungen der quadro Sucht- und Drogenberatung vom 20.08.2025 zu Grunde.

Frau Grap und Herr Blömker begründen die Anträge der Fraktionen.

Frau Dr. Arizzi Rusche weist darauf hin, dass die Beratungszahlen von quadro in den Bereichen leicht zurückgegangen seien.

Die Verwaltung schlage eine Erhöhung des Zuschusses um 2,56 % ab Februar 2026 vor, diese ergebe ca. 9.000 €.

Herr Strohbücker stelle sich mit Blick auf die Finanzübersicht der Sucht- und Drogenberatung die Frage, warum sich die Eigenmittel der Spenden auf 0 € und die Bistumsmittel um 7.000 € verringert haben.

Frau Dr. Lehnert regt an, nicht im Ausschuss über die Anträge abzustimmen. Die CDU schlage vor, im Rahmen der Beratungen zum Gesamthaushalt erneut zu beraten und die Entscheidung entsprechend zu verschieben.

Frau Grap und Herr Blömker stimmen dem Vorschlag zu.

Herr Strübbe stellt fest, dass die Entscheidung über die Anträge in die Sitzungen des Finanzausschusses sowie des Kreistages verschoben wird.

Die Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD beantragen, das ASB-Hebammenmobil des Arbeiter-Samariter-Bundes Regionalverband Münsterland e.V. mit 5.000 € jährlich zu bezuschussen.

Den Anträgen der Fraktionen liegt ein entsprechender Antrag auf Finanzierung des ASB-Hebammenmobils vom 17.11.2025 zu Grunde.

Frau Grap und Frau Krabbe begründen die Anträge der Fraktionen.

Frau Dr. Arizzi Rusche erklärt, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden sollten. Der Antrag des Arbeiter-Samariter-Bundes werde schon zum dritten Mal gestellt. Einer der bisherigen Gründe der Ablehnung sei die weiterhin geringe Nachfrage gewesen, zuletzt von 16 Frauen in einem halben Jahr. Zudem gebe es weitere Stellen, bei denen Frauen Rat suchen können, z. B. das Café Kinderwagen mit 16 Standorten. Es bestehe somit kein besonderer Bedarf.

Frau Dr. Lehnert weist darauf hin, dass keine zusätzlichen Strukturen geschaffen werden sollen, der Kreis sei auch ohne das ASB-Hebammenmobil gut aufgestellt.

Herr Blömker stellt die Frage, ob die Versorgungsdichte und Infrastruktur tatsächlich ausreichend seien. Er gibt zu bedenken, dass das Festhalten des Trägers an dem Angebot auf die gegebene Notwendigkeit hinweise. Zudem handele es sich um eine vergleichsweise geringe Fördersumme.

Ggf. könne eine Förderung im nächsten Jahr erfolgen.

Frau Tenbrock erklärt, dass die Versorgungsdichte des Beratungs- und Vermittlungsangebotes ausreichend sei. Ob die Anzahl der Hebammen ausreiche, sei eine andere Frage.

Frau Grap verweist darauf, dass das Hebammenmobil mit enormer Eigenleistung an den Start gegangen sei. Für die Zukunft sei es eine gute Ergänzung des bisherigen Angebotes.

Frau Beier weist darauf hin, dass das Angebot in Münster ausgeweitet wurde und gut angenommen werde.

Frau Grap regt an, den Arbeiter-Samariter-Bund nochmals in den Ausschuss einzuladen, das Zahlenmaterial vorlegen und die Perspektiven für das Hebammenmobil erläutern zu lassen.

Herr Strübbe erklärt, dass dieses perspektivisch für 2027 erfolgen könne.

Herr Strübbe lässt über die Anträge der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und SPD zur Unterstützung des Antrages des Arbeiter-Samariter-Bundes abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	7 Stimmen (3 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke)
Nein	12 Stimmen (8 CDU, 1 FDP, 1 FWG, 2 AfD)
Enthaltung	0 Stimmen

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2026 wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales und Gesundheit gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja	10 Stimmen (8 CDU, 1 FDP, 1 FWG)
Nein	3 Stimmen (1 Die Linke, 2 AfD)
Enthaltung	6 Stimmen (3 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen)

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 10.55 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin